



## Studentinnenschaft der Universität Bern (SUB) Vorstand

Lerchenweg 32 Telefon 031 631 54 11 E-Mail [vorstand@sub.unibe.ch](mailto:vorstand@sub.unibe.ch)  
CH-3000 Bern 9 Telefax 031 631 35 50 <http://www.sub.unibe.ch>

Medienmitteilung der SUB – 4. Februar 2013

### Regierungsrat setzt falsches Zeichen

**Die Studentinnenschaft der Universität Bern (SUB) zeigt sich enttäuscht, dass der Regierungsrat die Motion „Plafonierung der Studiengebühren“ von Grossrätin Natalie Imboden und der ehemaligen Grossrätin Corinne Schärer (beide Grüne) zur Ablehnung empfiehlt. Damit verpasst er ein wichtiges Bekenntnis zur Chancengleichheit beim Zugang zu den Berner Hochschulen.**

Die Argumente, die der Regierungsrat in seiner Vorstossantwort hervorbringt, vermögen dabei nicht zu überzeugen: Der Regierungsrat schreibt von „zwingenden Notmassnahmen“, mit denen er sich die Möglichkeit einer Erhöhung der Studiengebühren offenhalten möchte. Gleichzeitig versichert er aber, dass weitere Gebührenerhöhungen derzeit nicht geplant seien.

Letzteres freut die SUB, insbesondere da die Studiengebühren erst auf Anfang 2012 auf 750 Franken erhöht wurden. Die Studierenden haben sich damals massiv gewehrt. Eine Petition mit der Forderung auf die Erhöhung zu verzichten, wurde von 5135 Personen unterzeichnet. Für die SUB und die Unterzeichnenden war klar: 750 Franken ist zu viel und hält Personen aus finanziell schlechter gestellten Familien potenziell von einem Studium ab.

Der Regierungsrat setzt mit der Empfehlung, die Motion abzulehnen, ein falsches Zeichen zu Gebührenerhöhungen. Auch ist die Zusicherung, bei Gebührenerhöhungen „ausserordentliche Zurückhaltung“ walten zu lassen, keine Garantie, beim Hochschulzugang keine weiteren Hürden aufzubauen. Denn der Regierungsrat behält sich dabei die Option vor, die Hochschulfinanzierung über die Portemonnaies der Studierenden zu sichern. Die SUB stellt sich klar gegen die Querfinanzierung durch die Studierenden.

Wenn Kosten auf die finanziell und an Einfluss schwächste Gruppe abgewälzt werden – nämlich die Studierenden –, schmälert dies die Chancengleichheit unter den Studierenden und stellt zudem ein unfaires Vorgehen bei der Hochschulfinanzierung dar. Laut dem Bundesamt für Statistik verfügen Studierende der Universität Bern im Schnitt über 1650 Franken pro Monat. Dieses Budget muss für Miete, Lebenshaltung, Studienkosten und Mobilität reichen. Bereits heute arbeiten 85% der Studierenden und verdienen dabei durchschnittlich 710 Franken pro Monat. Sie arbeiten also bereits heute zwei Monate nur für die Bezahlung der Gebühren. Für die SUB ist klar: Die Studiengebühren dürfen nicht weiter steigen.

Die SUB hofft, dass der Grosse Rat die Wichtigkeit dieser Motion erkennen und ihr zustimmen wird. Sie bedeutet nichts weniger als die Sicherung des freien Zugangs zu den Berner Hochschulen. Ein klares Ja zu dieser Motion ist ein Bekenntnis zum freien Zugang und gegen weitere finanzielle Hürden an den Hochschulen.

**Für weitere Auskünfte stehen Ihnen gerne zur Verfügung:**

- Dominik Fitze, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Nationale Hochschulpolitik & Kommunikation, [REDACTED]
- Fabiane Reber, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Universitäre und kantonale Hochschulpolitik, [REDACTED]